

Pressemitteilung 17.02.2010

Sozialministerium bremst Ehrenamtliche und Freiwillige aus Wohlfahrtsverbände kritisieren Kürzungen bei Ehrenamtszuschale und FSJ

Die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände kritisiert die angekündigten Einsparungen bei engagierten Bürgern. Damit bremst das Sächsische Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) Ehrenamtliche und Freiwillige aus. Die Kürzungen bei der Ehrenamtsförderung und dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) sind für Betroffene und Einrichtungen eine Missachtung ihres Einsatzes für die Gesellschaft.

Im vergangenen Jahr profitierten fast 22.000 Menschen und nahezu 3700 Einrichtungen von der Auszahlung der Ehrenamtszuschale. Nun sollen die Mittel des Förderprogramms „Wir für Sachsen“ um die Hälfte zurückgefahren werden. Für viele Ehrenamtliche sind die 40 Euro Aufwandsentschädigung eine wichtige Unterstützung ihrer Aktivitäten. Ein großer Teil wird beispielsweise für Fahrtkosten verwendet. Neben dem persönlichen Einsatz müssen die Engagierten nun auch noch finanziell stärker drauflegen. „Erneut steht das tatsächliche Handeln der Staatsregierung den vollmundigen Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag entgegen. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements war dort noch besonders betont worden.“ kommentiert Beate Hennig, Vorsitzende der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen. Hinzu komme der Widerspruch zwischen der Forderung nach dem aktiven Bürger auf der einen und dem Abbau der Unterstützung auf der anderen Seite.

Die Kürzungen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) setzen diesen Widerspruch konsequent fort. Über die Hälfte der geförderten 1111 FSJ-Stellen im Freistaat sind gefährdet. Dies schränkt das Angebot für junge Menschen und ihr freiwilliges Engagement erneut ein. Beate Hennig unterstreicht: „Für viele Einrichtungen im sozialen Bereich sind die FSJler unerlässliche Hilfen. Die Freiwilligen erhalten Einblicke in den Arbeitsalltag und sammeln wichtige Erfahrungen für den weiteren Lebensweg.“ Kleine Einrichtungen, gerade in der Jugendhilfe, könnten den Rückgang der Landesförderung nicht kompensieren, müssten FSJ-Stellen abbauen und eventuell sogar ihr Angebot einschränken. Das derzeitige Taschengeld der FSJler biete zudem kein weiteres Einsparpotential. Die meisten Freiwilligen müssten schon jetzt sehen wie sie ihren Einsatz finanzieren.

Auf einem Treffen am 24.02. werden die Geschäftsführer der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen mit der Staatssekretärin für Soziales, Andrea Fischer, über diese und weitere Kürzungen im Haushalt des SMS sprechen. Dabei muss gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden, die für die Bürgerinnen und Bürgern Sachsens dringend nötige soziale Infrastruktur zu erhalten. „Dem SMS muss klar sein, dass ein derartiger Kahlschlag im sozialen Bereich verheerend für den Freistaat ist. Eine spätere Korrektur des eingeschlagenen Kurses wird nur unter dem Einsatz eines Vielfachen des jetzt eingesparten Geldes zu leisten sein“ so die Ligavorsitzende.

Für Rückfragen und weitere Informationen:

Thomas Neumann (Pressesprecher des PARITÄTISCHEN Sachsen)

Telefon: 0351- 49 16 654, E-Mail: Thomas.Neumann@parisax.de

